

Sozialdemokraten setzen auf den mündigen Bürger

Autor(en): **Hartmann, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 9

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347733>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialdemokraten setzen auf den mündigen Bürger

Noch nie waren Demoskopien bei einer Wahl so einhellig einer Meinung wie bei der bevorstehenden zum neuen deutschen Bundestag. Trotzdem ist wohl noch keine Wahl gleichzeitig mit einer so grossen Spannung erwartet worden. Wie ist diese paradox anmutende Situation zu erklären? Alle Meinungsforschungsinstitute sagen mehr oder weniger deutlich der Regierungskoalition von SPD und FDP einen klaren Sieg voraus. Nur über den prozentualen Anteil an Stimmen gehen die Meinungen auseinander. 1972 erhielt die CDU 44,9 Prozent aller Stimmen, die Koalition 54,2, davon die SPD 45,8. 1976 kam die CDU als stärkste Fraktion auf 48,6 und die Koalition auf 50,5, davon fielen auf die SPD 42,6 Prozent.

Die günstigen Prognosen zugunsten der gegenwärtigen Regierung dürfen als Erkenntnis dafür angesehen werden, dass die beharrliche Reformpolitik trotz schwierigen Zeitverhältnissen von den Bürgern bejaht oder doch zumindest respektiert wird, auch wenn keine spektakulären Hoffnungen erfüllt werden können. Die Prognosen zeigen aber auch gleichzeitig, dass die Skeptiker gegenüber einer alternativlosen und in sich zerstrittenen Opposition zugenommen haben. Die Ironie der Situation liegt in der erkennbaren Parallele zwischen Adenauer und Schmidt. Der Fuchs vom Rhein war weit über die Grenzen der eigenen Partei hinaus populär, so wie heute Helmut Schmidt. Gegen einen Konrad Adenauer konnte kein sozialdemokratischer Kandidat gewinnen, gegen einen Helmut Schmidt kann es kein christdemokratischer Politiker! Wie in den Anfängen der Bundesrepublik handelt es sich 1980 also erneut um Kanzlerwahlen: Schmidt ist beliebter als seine Partei. Er führt nach jüngsten Umfragen mit 70 Punkten vor Strauss mit 21.

Die Spannung über den tatsächlichen Wahlausgang ist allein der schillernden Figur des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauss zuzuschreiben, jenem Krakeeler, der gegen den erkennbaren Willen der CDU in den Ring kletterte, wobei ihn seine CSU-Spezies zu guter Letzt drängen mussten. Sein Wille zur Macht war grösser als die realistische Einschätzung seiner Möglichkeiten.

Militante Töne bei der Union

Wenn bis zum Wahltag kein weltpolitischer Erdrutsch erfolgt, könnten die Christdemokraten durchaus vier bis fünf Prozent verlieren, die Sozialdemokraten dürften dagegen nur zwei bis drei Prozent gewinnen, da sie mit Sicherheit wertvolle Stimmen an die Grünen verlieren. Es gibt aber eine nüchterne Erfahrungsregel, die vor unnötigen Sorgen in den Reihen der Koalition bewahren sollte. Eine reale Chance bietet sich bei Bundestagswahlen für die Opposition nur dann, wenn die Differenz zur Regie-

rungspartei nicht mehr als zwei Prozent vor einer Wahl beträgt. Der klare Wahlsieg der SPD trotz dem Scheitern der FDP an der Fünfprozentklausel bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, die unter bundespolitischen Vorzeichen geführt wurden, signalisieren auch ein gutes Abschneiden bei den Bundestagswahlen. Der Stimmenanteil der CDU dürfte sich beim Stand von 1972 einpendeln. Nach Adam Riese bedeutet das einen Rückschlag. Er sollte Anlass zu einer Neuorientierung in Richtung der politischen Mitte sein und den immer deutlicher werdenden Rechtskurs beenden. In diesem Zusammenhang sei an den selbstmörderischen Vorschlag des Säbelrasslers Alfred Dregger erinnert. Er verlangte, deutsche Truppen sollten in das Krisengebiet im Nahen Osten geschickt werden. Wohlweislich vergass der Chef der hessischen CDU zu erwähnen, dass es sich bei der Nato um ein Verteidigungsbündnis handelt. Auch der infam-dümmliche Versuch, den Einmarsch der Sowjets in Afghanistan der SPD anzukreiden – die Ostpolitik ist ja von der Union allen Lippenbekenntnissen zum Trotz nie anerkannt worden –, erwies sich als Fehlanzeige. Strauss erdreistete sich zu behaupten, dass die Sowjets nicht in Afghanistan einmarschiert wären, wenn die Union in Bonn regiert hätte. Wer denkt da nicht an Kaiser Wilhelm II., der am deutschen Wesen die Welt genesen lassen wollte? Der Versuch, Sozialdemokraten zu Helfershelfern Moskaus zu diffamieren, wird allerdings nicht nur von der Union getrieben. Die sogenannte überparteiliche Presse benutzt nur zu gern das Schlagwort von der «Moskau-Fraktion» innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, und ähnliche Tendenzen tauchen in der Wahlpropaganda der Union auf, die eine beispiellose Materialschlacht inszeniert. Die hannoversche Landesregierung musste sich bereits von einer Kampagne distanzieren, bei der die Schulpolitik der SPD durch Sowjetstern, Hammer und Sichel «illustriert» wurde.

Die Grünen schaden SPD und FDP

Ein Stolperstein bleiben die Grünen, obwohl es ihnen nicht gelingen wird, in den Bundestag einzuziehen. Sie stellen vorläufig noch immer einen lockeren, widersprüchlichen Zusammenschluss von Sektierern dar, bei denen sich Linke und Konservative nicht mehr einigen können, ja bereits sich offen bekämpfen. Dennoch kann die ökologische Bewegung mit einer beachtlichen Zahl von Sympathisanten rechnen, die maximal zwischen 10 und 15 Prozent der Bevölkerung liegt und vor allem Jungwähler umfasst, die sich mit den bestehenden Parteien nicht identifizieren. Aber interne Auseinandersetzungen haben die Grünen um ihre Chancen gebracht. Die Matadoren der ersten Stunde sind bereits ausgebootet. Herbert Gruhl, ehemaliges CDU-Mitglied und Gründer der «Grünen Aktion Zukunft», ist kaltgestellt, und August Haussleiter, Gründer der «Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher», trat als Bundesvorstandssprecher zurück.

Die Engstirnigkeit der Grünen zeigt sich deutlich am Verhalten ihres

Theoretikers Rudolf Bahro, dem eine grün orientierte sozialistische Partei vorschwebt. Der bislang überzeugendste Kritiker des «real existierenden Sozialismus» in der DDR hat sich nicht davon abbringen lassen, mit den Grünen in den Bundestagswahlkampf zu marschieren, obwohl er damit indirekt Strauss zuarbeitet: Jede grüne Stimme fehlt bei der Schlussabrechnung der Koalition! Trotzdem erscheint die Hoffnung der Union, dank den verlorenen Stimmen für Splitterparteien doch noch eine regierungsfähige Mehrheit zu erreichen, illusorisch, zumal die fünfte Kolonne von Strauss, die Fredersdorfsche «Bürgerpartei», sich sang- und klanglos aufgelöst hat. Eher steht zu erwarten, dass einsichtige Anhänger der Grünen doch noch SPD oder FDP wählen, weil sie bei beiden Parteien auf erheblich mehr Verständnis für Umweltprobleme stossen als bei der Union, die einseitig auf den Bau neuer Kernkraftwerke setzt, während die Koalition Kohlekraftwerke bevorzugen will, um die drohenden Energielücken zu schliessen.

Die Unpolitischen als Zünglein an der Waage

Der grösste Unsicherheitsfaktor bleiben bis zuletzt die unentschiedenen Wähler. Noch sechs Monate vor der Wahl erklärten sich 15 bis 20 Prozent aller Wahlberechtigten für «nicht interessiert» oder «unentschieden». Das erscheint erstaunlich, da diese Wahl zu einer Polarisierung zwischen Personen führt, bei der komplizierte Sachfragen in den Hintergrund treten. Da die Gruppe der indifferenten Wähler bei Untersuchungen demoskopischer Institute den erfassbaren Gruppen prozentual zugeschlagen werden, erklären sich auch die oft erstaunlichen Fehlprognosen. Ein erheblicher Teil wird, falls er nicht zu Hause bleibt, vermutlich auf die stärkeren Bataillone setzen, um einem Harmonisierungsbedürfnis zu folgen. Bei den Jungwählern wird die SPD erheblich besser abschneiden als die CDU mit ihrem Buhmann Strauss. Die Polarisierung dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach die Stammwählerschaft der drei Parteien mobilisieren. Das kommt der Union zugute. Sie stützt sich auf etwa 44 Prozent, die SPD auf 41 und die FDP auf jene entscheidenden Stellen hinter der Fünf und dem Komma. Genschers Mannschaft, ohne die eine Fortsetzung der Koalition nicht möglich ist, dürfte damit gerettet sein.

Mit Strauss ist kein Staat zu machen

Ob alle Wähler, die der Union nahestehen, wirklich ihre Partei unterstützen, erscheint zweifelhaft. Nicht nur Nordlichter, die sich an dem rüden Umgangston des eigenen Kandidaten stossen, haben noch nicht vergessen, wie sehr Strauss die CDU unter Druck setzte, Helmut Kohl vors Schienbein trat und die in den Hintergrund gedrängten Liberalen in der Partei zu Widersprüchen reizte. Bei der entscheidenden Probeabstimmung über seine Kandidatur erhielt er 56,9 Prozent und schlug damit Kohls Gegenkandidaten Ernst Albrecht nicht gerade überwältigend. Noch monate-

lang musste die Union Vorbehalte über diese Entscheidung ausräumen, und die stillen Vorbehalte gegen Strauss sind auch bis zur Wahl nicht ausgeräumt worden. Es ist auch kein Zufall, dass ausgerechnet der Gegenkandidat Albrecht nicht zur Straussschen Regierungsmannschaft zählt. Die Junge Union stimmte dem Kandidaten Strauss erst mit monatelanger Verspätung zu. Die Sorge um die Verdrossenheit unter den Jungwählern trieb sie schliesslich an die Seite des Bayern.

Angesichts dieser Reserve in den eigenen Reihen trat der Matador die Flucht nach vorne an und versuchte sich durch Kraftmeierei Respekt zu verschaffen, nachdem er vorübergehend Kreide schluckte. Er bewies zwar seine alte Aggressivität, doch damit lassen sich keine Wechselwähler der Mitte gewinnen. Umgekehrt erwartete seine Stammwählerschaft etwas anderes als milde Sonntagspredigten. Wie kräftig Strauss auch ins Horn tutet, er kann es nicht allen gleichzeitig recht machen. Zwei Propagandaaktionen dürften ihm vor allem geschadet haben, nämlich die Angriffe auf den DGB, bei dem die Union das Prinzip der Einheitsgewerkschaft aus den Angeln heben wollte, und die primitive Geschichtsklitterung seines Adjutanten Stoiber, Nationalsozialismus und demokratischen Sozialismus in einen Topf zu werfen. Trotz einem vorübergehenden Waffenstillstand zwischen CSU und DGB-Spitze ist das alte Misstrauen heute stärker denn je, nachdem die IG Metall – mit Abstand die mächtigste Einzelgewerkschaft – energisch zur Auseinandersetzung mit Strauss aufgerufen hat.

Bei aller berechtigten Empörung in der SPD über die Diffamierungen Stoibers sollte man dem politischen Anfänger zugute halten, dass er nicht so recht wusste, was er da von sich gab. Dieser Ehrgeizling ist der Typ des nach oben strampelnden Clerk, und derartige alerte Jünglinge sind für fast alle Schandtaten gut. Lediglich die ständigen Angriffe der Union auf die Rundfunkanstalten zeitigten Erfolge. In den Sendern herrscht eine beschämende Ängstlichkeit und ein Kleinmut, der zur Selbstzensur und Konzessionen zugunsten der Union geführt hat. Allerdings helfen die zusätzlichen Tiraden von Strauss auf dem Bildschirm wenig, weil es sich um die ewig gleiche Wiederholung von Vorwürfen gegen die Regierung handelt und das Interesse der Zuschauer selbstverständlich der Politik des Kanzlers gilt.

Die Kirchen bleiben im Hintergrund

In der evangelischen Kirche engagierten sich verschiedene Anti-Strauss-Gruppen, was zu einem vielbeachteten Eklat zwischen den Bischöfen der Nordelbischen Kirche und der Gruppe «Christen in der Verantwortung» führte. Die Strauss-Gegner stellten unbequeme Fragen, etwa die, wie sich seine Haltung zur Aufrüstung mit dem Friedensauftrag vereinbare, wie seine Diffamierung ganzer Bevölkerungsgruppen mit dem Gebot der Nächstenliebe und die Befürwortung der Apartheidpolitik mit dem christlichen Bekenntnis vereinbaren lässt. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken – Präsident ist der bayerische CSU-Kultusminister Hans Mayer

– hat sich mit «Anfragen zur Familienpolitik» in den Wahlkampf eingeschaltet. Die Bundestagskandidaten sollen an den Forderungen des Verbandes gemessen werden. Das neue Jugendhilferecht lehnt das Komitee ab, weil es angeblich die staatliche Hilfe mehr fördert als die Erziehung in der Familie.

Selbstverständlich wird wieder einmal über den Abtreibungsparagraphen und die «Untauglichkeit» des Gesetzes geklagt. Das Zentralkomitee vergass bei seinen betont unpräzisen Formulierungen, dass die CDU im Bundesrat notwendige Gesetzreformen torpedierte und gerade die Familienpolitik erschwerte. Kritik aus dem gleichen Lager unter anderer Fahne grenzt daher an Heuchelei. Nicht der sozialdemokratisch regierte Staat will in die Familien hineinregieren, sondern den Generationenkonflikt entschärfen. Immerhin scheinen die Zeiten vorbei zu sein, in denen die katholischen Bischöfe in Hirtenbriefen ungeniert zur Wahl der CDU-Kandidaten aufriefen. Was im Endkampf um die letzte Wählerstimme dagegen bedenklich wiegt, sind die Spekulationen mit der Angst, vor allem der vor einer wachsenden Arbeitslosigkeit, die der SPD angelastet werden soll. Flüsterpropagandisten, die sich neutral gebärden, wollen den Bürgern einreden, ein Sieg der Sozialdemokraten müsse zu einer verheerenden Kapitalflucht deutscher Unternehmen führen.

Man redet von einem beschleunigten Verfall der Währung und verwendet dafür neuerdings das Schlagwort von der «Sozialistenmark». Wo man einer offenen Diskussion ausweicht, sollen getarnte Hilfsorganisationen der Union erschreckte Wähler ins Lager der Union treiben. Diese Hasenjagd gab es bereits 1976, als beispielsweise anonyme Handzettel und Plakate einen gefälschten Wahlauf Ruf des DGB verbreiteten, in dem der politische Generalstreik gegen eine CDU-Regierung angekündigt wurde. Die SPD verzichtet auf derartige kriminelle Methoden. Sie setzt auf das Urteilsvermögen des kritischen Bürgers und vertraut auf einen Bundeskanzler, der sich in schwierigen Zeitläufen als Steuermann bewährt hat. Ein Wahlsieg der SPD/FDP setzt allerdings eine Mobilisierung aller Anhänger voraus, damit ein Franz Josef Strauss die Bundesrepublik nicht «umfunktionieren» kann. Die politischen Konsequenzen dieser Wahl sind deshalb höher anzusetzen als jemals zuvor. Ausserdem gibt es ein Gesetz der Serie, das von keinem Alpenkönig umgestossen wird: Noch nie ist eine Bonner Regierung durch Wahlen abgelöst worden . . .